

Inhaltsübersicht*

Bearbeiter

Vorwort

Abkürzungsverzeichnis

Rz.

Teil 1 Einführung – Bedeutung und Rechtsentwicklung der betrieblichen Altersversorgung

Teil 1 A Bedeutung der betrieblichen Altersversorgung

I. Das „Drei-Säulen-Prinzip“ als Grundlage der betrieblichen Altersversorgung	1
II. Verbreitung der betrieblichen Altersversorgung	16

Teil 1 B Rechtsentwicklung der betrieblichen Altersversorgung

I. Einführung zur Entwicklung des Betriebsrentenrechts	1
II. Alterssicherung in den neuen Bundesländern	21
III. Neuregelung des BetrAVG durch das Rentenreformgesetz 1999	75
IV. Neuregelung des BetrAVG durch das Altersvermögensgesetz (AVmG)	91
V. Neuregelung des BetrAVG durch das Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherungs-Neuregelungs-Gesetz (HZvNG)	171
VI. Neuregelung des BetrAVG durch das Alterseinkünftegesetz (AltEinkG)	181
VII. Das Gesetz zur Änderung des BetrAVG und anderer Gesetze vom 2.12.2006 (Änderung des Finanzierungsverfahrens des PSV)	231
VIII. Das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz	237
IX. Das Gesetz zur Förderung der zusätzlichen Altersvorsorge und zur Änderung des 3. Buches SGB	241
X. Strukturreform des Versorgungsausgleichs (VersAusglG)	251
XI. Änderungen durch das sog. Flexi-Gesetz	261
XII. Gesetz über Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung	264
XIII. Gesetz zur Modernisierung der Finanzaufsicht über Versicherungen ..	266
XIV. Gesetz zur Umsetzung der EU-Mobilitäts-Richtlinie	270
XV. Gesetz zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze (Betriebsrentenstärkungsgesetz/BRSG)	291
XVI. 7. Gesetz zur Änderung des SGB IV und anderer Gesetze (7. SGB IV-Änderungsgesetz)	345

* Ausführliche Inhaltsverzeichnisse befinden sich jeweils zu Beginn der Teile.

Inhaltsübersicht

XVII. 8. Gesetz zur Änderung des SGB IV und anderer Gesetze (8. SGB-IV-Änderungsgesetz)	354
---	-----

Teil 2 Sozialversicherungsrechtliche und betriebswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Teil 2 A Sozialversicherungsrechtliche Rahmenbedingungen

I. Schnittstellen zwischen Sozialversicherungsrecht und betrieblicher Altersversorgung	1
II. Überblick über die Leistungen	65

Teil 2 B Betriebswirtschaftliche Rahmenbedingungen

I. Vorbemerkungen	1
II. Personalwirtschaftliche Aspekte der betrieblichen Altersversorgung	8
III. Betriebliche Altersversorgung im Rechnungswesen	53
IV. Betriebliche Altersversorgung in der Unternehmensbewertung	178
V. Ökonomische Grundlagen arbeitsrechtlicher Entscheidungen zur Anpassungsprüfung	199

Teil 3 Einstweilen frei.

Teil 4 Begriff der betrieblichen Altersversorgung und Geltungsbereich des BetrAVG

Teil 4 A Sachlicher Geltungsbereich des BetrAVG

I. Legaldefinition	1
II. Begriffsmerkmale der betrieblichen Altersversorgung	5
III. Parteien der betrieblichen Altersversorgung	19
IV. Leistungskatalog	30
V. Entgeltumwandlung/Eigenbeiträge des Arbeitnehmers	56
VI. Leistungserbringung	70
VII. Beitragszusage – beitragsorientierte Zusage	85
VIII. Betriebliche Altersversorgung als Entgelt	90
IX. ABC der Abgrenzung zu anderen Leistungen	92

	Rz.
Teil 4 B Persönlicher Geltungsbereich	
I. Überblick	1
II. Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte)	7
III. Nichtarbeitnehmer	21
Teil 5 Durchführungswege	
Teil 5 A Einführung	
I. Die Durchführungswege aus arbeitsrechtlicher Sicht	1
II. Grundzüge des Steuer- und Sozialversicherungsrechts sowie der bila- nziellen Behandlung der Durchführungswege	12
Teil 5 B Unmittelbare Versorgungszusage	
I. Aus arbeitsrechtlicher Sicht	1
II. Aus steuerrechtlicher Sicht	8
III. Aus sozialversicherungsrechtlicher Sicht	182
Teil 5 C Direktversicherung	
I. Aus arbeitsrechtlicher Sicht	1
II. Aus steuerrechtlicher Sicht	46
III. Aus sozialversicherungsrechtlicher Sicht	166
Teil 5 D Pensionskasse	
I. Aus arbeitsrechtlicher Sicht	1
II. Aus steuerrechtlicher Sicht	65
III. Aus sozialversicherungsrechtlicher Sicht	153
Teil 5 E Pensionsfonds	
I. Aus arbeitsrechtlicher Sicht	1
II. Aus steuerrechtlicher Sicht	50
III. Aus sozialversicherungsrechtlicher Sicht	105
Teil 5 F Unterstützungskasse	
I. Aus arbeitsrechtlicher Sicht	1
II. Aus steuerrechtlicher Sicht	52
III. Aus sozialversicherungsrechtlicher Sicht	279
Teil 5 G Die Einstandspflicht des Arbeitgebers und der Anspruch des Arbeitnehmers auf Einhaltung des Durchführungswegs	
I. Die Einstandspflicht des Arbeitgebers	1
II. Keine Einstandspflicht bei reinen Beitragszusagen nach § 1 Abs. 2 Nr. 2a BetrAVG	27
III. Der Anspruch auf Einhaltung des Durchführungswegs	31

Inhaltsübersicht

	Rz.
Teil 5 H Wechsel des Durchführungswegs	
I. Aus arbeitsrechtlicher Sicht	1
II. Aus steuerrechtlicher Sicht	25
III. Aus sozialversicherungsrechtlicher Sicht	27
Teil 6 Inhaltliche Ausgestaltung von Versorgungszusagen	
Teil 6 A Zusagetypen	
I. Einleitung	1
II. Leistungszusage	10
III. Beitragsorientierte Leistungszusage	85
IV. Beitragszusage mit Mindestleistung	190
V. Reine Beitragszusage	299
Teil 6 B Entgeltumwandlung	
I. Einordnung	1
II. Freiwillige Entgeltumwandlung	9
III. Der Anspruch auf Entgeltumwandlung	61
IV. Der Arbeitgeberzuschuss	141
V. Tarifvertraglich geregelte Entgeltumwandlung	188
VI. Informations- und Aufklärungspflichten des Arbeitgebers	255
VII. Mitbestimmung	323
VIII. Eigenbeitragszusage	335
IX. Beitrags- und lohnsteuerrechtliche Folgen	347
Teil 7 Begründung betrieblicher Versorgungsansprüche und inhaltliche Schranken, Diskriminierungsschutz	
Teil 7 A Begründung von Betriebsrentenansprüchen	
I. Einleitung	1
II. Individualarbeitsrechtliche Begründungsformen	10
III. Kollektivarbeitsrechtliche Begründungsformen	200
IV. Zusammentreffen mehrerer Begründungstatbestände	386
V. Automatische Einbeziehung in ein Betriebsrentensystem	450
Teil 7 B Auslegung von Versorgungsverträgen	
I. Problemfelder	1
II. Allgemeine Auslegungsgrundsätze	15
III. Grenzen für die Auslegung von Versorgungsregelungen durch die Gerichte	43
IV. Ausgesuchte Beispiele für die Auslegungspraxis der Gerichte	50
V. Informationspflichten des Arbeitgebers oder Versorgungsträgers	62

	Rz.
Teil 7 C Schranken betrieblicher Versorgungszusagen	
I. Grundrechtsschranken, Diskriminierungsverbote und Altersgrenzen	1
II. Allgemeiner arbeitsrechtlicher Grundsatz der Gleichbehandlung	43
III. Beachtung höherrangigen Rechts	144
IV. Billigkeitskontrolle	159
V. Gleichberechtigungsprobleme: Rechtslage bis zum AGG, AEUV und EU-Grundrechte-Charta	204
VI. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG)	410
Teil 7 D Diskriminierungsschutz	
I. Einführung	1
II. Unionsrechtliche Vorgaben	2
III. Art. 3 GG	14
IV. Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz	15
V. Benachteiligungsverbot für Teilzeitbeschäftigte	27
VI. Die einzelnen Benachteiligungsmerkmale	35
Teil 8 Mitbestimmung des Betriebsrats	
Teil 8 A Grundzüge der betrieblichen Mitbestimmung	
I. Ausgangspunkt der Mitbestimmung	1
II. Grundlagen der obligatorischen Mitbestimmung	10
III. Geltungsbereich des BetrVG	21
IV. Gesetzliche und tarifliche Grenzen des Mitbestimmungsrechts	61
V. Zuständige Organe der Betriebsverfassung	84
VI. Gegenstand und Durchführung der Mitbestimmung	97
VII. Folgen der Nichtbeachtung des Mitbestimmungsrechts	138
VIII. Gerichtliche Streitigkeiten	173
IX. Mitwirkung des Sprecherausschusses	198
Teil 8 B Mitbestimmungsrechtliche Einzelfragen der betrieblichen Altersversorgung	
I. Freiwilligkeit der betrieblichen Altersversorgung	1
II. Mitbestimmungsfreie Entscheidung des Arbeitgebers	8
III. Mitbestimmung bei Direktzusagen und Direktversicherungen	161
IV. Mitbestimmung bei Unterstützungskassen, Pensionskassen und Pensionsfonds	201
V. Besonderheiten bei Gruppensozialeinrichtungen	341
VI. Erzwingbare Mitbestimmung bei Entgeltumwandlung	361
Teil 9 Versorgungsfälle	
Teil 9 A Versorgung wegen Alters	
I. Versorgungsfälle	1

Inhaltsübersicht

II. Anspruch auf Versorgung wegen Alters dem Grunde nach	8
III. Anspruch auf betriebliche Altersrente der Höhe nach	401
 Teil 9 B Invaliditätsversorgung	
I. Anspruch auf betriebliche Invaliditätsversorgung	1
II. Höhe der betrieblichen Invaliditätsversorgung	108
 Teil 9 C Hinterbliebenenversorgung	
I. Anspruch auf betriebliche Hinterbliebenenversorgung	1
II. Höhe der betrieblichen Hinterbliebenenversorgung	137
 Teil 10 Versorgungsanwartschaften und Beendigung des Arbeitsverhältnisses	
 Teil 10 A Unverfallbarkeit einer Versorgungsanwartschaft	
I. Geschichtliche Entwicklung der Unverfallbarkeit	1
II. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	17
III. Grenzen der Privatautonomie bei Vereinbarungen über Verfallbarkeit und Unverfallbarkeit	20
IV. Voraussetzungen der Unverfallbarkeit	26
V. Rechtsfolgen	168
VI. Hinweis- und Aufklärungspflichten	225
 Teil 10 B Höhe einer unverfallbaren Versorgungsanwartschaft	
I. Grundlagen der gesetzlichen Regelung des § 2 BetrAVG	1
II. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	20
III. Ratierliches Berechnungsverfahren bei unmittelbarer Versorgungszusage	22
IV. Höhe der unverfallbaren Versorgungsanwartschaft bei einer Unterstützungs kasse	198
V. Höhe der unverfallbaren Versorgungsanwartschaft bei einer Direktversicherung	202
VI. Höhe der unverfallbaren Anwartschaft bei einer Pensionskasse	298
 Teil 10 C Versorgungsanwartschaften und Beendigung des Arbeitsverhältnisses – Auskunftspflichten des Arbeitgebers –	
I. Überblick	1
II. Rechtsnatur des Auskunftsanspruchs	7
III. Berechtigte	12
IV. Berechtigtes Interesse	16
V. Auskunftsverpflichtete	19
VI. Inhalt der Auskunftsansprüche	26
VII. Form	49
VIII. Zeitpunkt	53
IX. Mitwirkungspflicht des Arbeitnehmers	54
X. Durchsetzung/Streitigkeiten	56

Teil 10 D Steuerliches Näherungsverfahren *Einstweilen frei.****Band II****Teil 11 Abfindung von Versorgungsanwartschaften**

I. Grundzüge und Normzweck des § 3 BetrAVG	1
II. Verbot der Abfindung von Anwartschaften und laufenden Leistungen, § 3 Abs. 1 BetrAVG	11
III. Erlaubte Abfindungen	45
IV. Höhe der Abfindung	79
V. Gesonderte Ausweisung und einmalige Auszahlung des Abfindungsbetrags	81
VI. Steuerliche Behandlung der Abfindungsbeträge	83
VII. Behandlung der Abfindung in der Krankenversicherung der Rentner und der Pflegeversicherung	86
VIII. Rechtsfolgen eines Verstoßes gegen das Abfindungsverbot	87

Teil 12 Übertragung von Versorgungsanwartschaften

I. Überblick	1
II. Möglichkeiten der rechtsgeschäftlichen Übernahme von Versorgungsverbindlichkeiten	11
III. Übertragungsverbot und erlaubte Übertragungen gem. § 4 BetrAVG ..	21
IV. Erlaubte Übertragungen gem. § 4 Abs. 2 und 3 BetrAVG	97
V. Die Einstellung der Betriebstätigkeit mit nachfolgender Liquidation, § 4 Abs. 4 BetrAVG	209
VI. Die Berechnung des Übertragungswertes	228
VII. Auskunftsverpflichtung des Arbeitgebers	245

Teil 13 Ruhestandsverhältnis**Teil 13 A Auszehrungsverbot, § 5 Abs. 1 BetrAVG**

I. Grundlagen	1
II. Vom Verbot erfasste Leistungen der betrieblichen Altersversorgung	19
III. Bezugspunkt: Leistungshöhe bei Eintritt des Versorgungsfalls	28
IV. Erhöhung anderer Versorgungsbezüge	45
V. Rechtsfolgen	58

Teil 13 B Nebenpflichten der Versorgungsempfänger

I. Anzeige- und Auskunftsverpflichtungen	1
II. Nachweisverpflichtungen	7
III. Mitwirkungsverpflichtungen	10

* Dieser Teil folgt in einer der nächsten Lieferungen.

Inhaltsübersicht

IV. Folgen eines Verstoßes der Versorgungsberechtigten gegen Anzeige-, Nachweis- und Mitwirkungspflichten	18
Teil 13 C Beendigung des Ruhestandsverhältnisses	
I. Übersicht	1
II. Vertraglich vorgegebene Beendigungsgründe	5
III. Beendigung durch vertragliche Absprachen	8
IV. Beendigung durch einseitige Erklärung des Versorgungsempfängers ..	12
V. Beendigung durch einseitige Erklärung des Arbeitgebers	15
VI. Verjährung	22
VII. Verwirkung	28
VIII. Ausschlussfristen	30
IX. Insolvenz des Arbeitgebers	33
X. Beendigung durch Liquidation des Unternehmens bei Betriebseinstellung	44
Teil 14 Anpassung von Ruhegeldzahlungen	
I. Grundlagen	1
II. Anpassungsgegenstand	114
III. Berechtigte	179
IV. Verpflichtete	205
V. Prüfungs- und Entscheidungsverfahren nach § 16 Abs. 1, 2 und 4 BetrAVG	291
VI. Prüfungszeitpunkt und Prüfungszeitraum	309
VII. Anpassungsbedarf	366
VIII. Ermessensentscheidung des Arbeitgebers	568
IX. Wirtschaftliche Lage des Arbeitgebers	586
X. Belange des Versorgungsempfängers	778
XI. Belange Dritter	794
XII. Entscheidung des Arbeitgebers	801
XIII. Anpassung und Mitbestimmung	831
XIV. Umsetzung der Anpassungsentscheidung	854
XV. Information des Versorgungsempfängers	886
XVI. Die Anpassungsverfahren nach § 16 Abs. 3, 5 und 6 BetrAVG	902
XVII. Anpassungsverpflichtung bei Statuswechsel	996
XVIII. Gerichtliche Durchsetzung und Überprüfung der Anpassungentscheidung	1004
XIX. Bilanzierung von Anpassungsverpflichtungen	1041
Teil 15 Änderung von Versorgungszusagen	
I. Einführung	1
II. Verbesserungen von Zusagen betrieblicher Altersversorgung	15

III. Wertneutrale Änderungen	29
IV. Einschränkende Änderungen von Versorgungszusagen	39
V. Zulässiger Eingriffsumfang (Drei-Stufen-Modell)	275

Teil 16 Insolvenzsicherung

Teil 16 A Insolvenzsicherung betrieblicher Versorgungsansprüche	1
I. Funktion, Systematik und Rechtsgrundlagen der gesetzlichen Insolvenzsicherung	1
II. Anspruchsberechtigte und gesicherte Versorgungsrechte	31
III. Gesicherte Durchführungswege und Versorgungsrisiken, Abgrenzung	112
IV. Sicherungsfall beim Arbeitgeber und Folgen nach Maßgabe der verschiedenen Durchführungswege	173
V. Kausale Nichterfüllung von Versorgungsansprüchen	284
VI. Versicherungsanspruch gegen den Pensions-Sicherungs-Verein aG	290
VII. Unionsrechtlicher Direktanspruch aus Art. 8 Richtlinie 2008/94/EG	479
VIII. Durchführung der Insolvenzsicherung bei Eintritt eines Sicherungsfalls (§§ 8, 9 BetrAVG)	489
IX. Vertragliche Insolvenzsicherung	689

Teil 16 B Organisations- und Beitragsrecht der Insolvenzsicherung

I. Grundlagen	1
II. Finanzierung der Insolvenzsicherung	46
III. Mitteilungs- und Auskunftspflichten (§§ 11, 12 BetrAVG)	420
IV. PSV als Träger der Insolvenzsicherung	633
V. Rechtsstreitigkeiten aus den §§ 10–11 BetrAVG	721

Teil 17 Unternehmenskauf und Restrukturierung/Wechsel des Versorgungsschuldners**Teil 17 A Betriebsübergang, § 613a BGB**

I. Voraussetzungen	1
II. Allgemeine Rechtsfolgen des § 613a BGB	175
III. Rechtsfolgen des Betriebsüberganges für betriebliche Versorgungsansprüche	320
IV. Betriebsübergang und Insolvenz	770

Teil 17 B Umwandlung

I. Grundzüge des Umwandlungsrechts	1
II. Zur Anwendbarkeit von § 613a BGB auf Umwandlungen	55
III. Auswirkungen von Umwandlungen auf die betriebliche Altersversorgung	95

	Rz.
Teil 17 C Wechsel auf der Gesellschafterebene – Share Deal	
I. Überblick	1
II. Kauf von fremden konzernangehörigen Unternehmen	10
III. Gesellschaften mit VBL Beteiligung/Privatisierung	135
Teil 17 D Rechtsgeschäftliche Schuldübernahme	
I. Einführung	1
II. Abgrenzung zu anderen Arten der Übernahme von Pensionsverpflichtungen	6
III. Befreiende rechtsgeschäftliche Schuldübernahme	11
IV. Schuldbeitritt	160
V. Erfüllungsübernahme	225
VI. Steuerrechtliche Aspekte der Übertragung von Pensionsverpflichtungen	246
Teil 18 Gesellschaftsrechtliche Haftungsfragen	
I. Versorgungsschuldner bei Gesellschaftssachverhalten	1
II. Einzelkaufleute	4
III. Personengesellschaften	8
IV. Umwandlungsvorgänge	41
V. Haftung von Kapitalgesellschaften	49
VI. Organhaftung in eingetragenen Vereinen	54
VII. Versorgungsschuldner bei Konzernsachverhalten	57
Teil 19 Versorgungsausgleich	
I. Terminologie	1
II. Verfassungsrechtlicher Rahmen	14
III. Rechtsentwicklung	39
IV. Sachlicher Anwendungsbereich des VersAusglG: Auszugleichendes Anrecht	65
V. Rangfolge der Ausgleichsformen	69
VI. Ausgleichsreife	88
VII. Bei Ausgleichsreife: Wertausgleich	107
VIII. Berechnung von Ehezeitanteil und Ausgleichswert im Wertausgleich	177
IX. Bei fehlender Ausgleichsreife: Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	320
X. Berechnungen bei Ausgleichsansprüchen nach der Scheidung	381
XI. Vereinbarungen und Ausnahmen vom Versorgungsausgleich	419
XII. Grundzüge des Verfahrens	444
XIII. Mitbestimmung des Betriebsrats	498

	Rz.
Teil 20 Betriebliche Altersversorgung im internationalen Kontext	
I. Altersversorgung bei Arbeitsverhältnissen mit Auslandsbezug	1
II. Europarecht	54
Teil 21 Zeitwertkonten	
Teil 21 A Überblick zu betrieblichen Zeitwertkonten	
I. Begriff des Zeitwertkontos	1
II. Bedeutung in der betrieblichen Praxis	71
III. Rechtsentwicklung von Zeitwertkonten	87
IV. Besondere Zeitwertkonten	111
Teil 21 B Arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Aspekte	
I. Wertguthabenvereinbarung	2
II. Wertguthabenbegriff	16
III. Ansparphase	40
IV. Freistellungsphase	86
V. Störfall	160
VI. Pflichten des Arbeitgebers	231
Teil 21 C Betriebliche Mitbestimmung	
I. Umsetzung in der Praxis und Überblick über Grundsätzliche rechtliche Fragestellungen	1
II. In Betracht kommende Mitbestimmungstatbestände	9
III. Grenzen der Regelungsbefugnis der Betriebsparteien	32
IV. Beendigung von Betriebsvereinbarungen über Zeitwertkonten	52
V. Exkurs: Wertguthabenvereinbarungen für leitende Angestellte	69
Teil 21 D Insolvenzsicherung und Kapitalanlage	
I. Verpflichtung zur Insolvenzsicherung	1
II. Kapitalanlage	118
Teil 21 E Steuerrechtliche Rahmenbedingungen	
I. Vorbemerkungen	1
II. Lohnsteuerrechtliche Anforderungen	12
III. Steuerliche Behandlung beim Arbeitgeber	146
Teil 22 Datenschutz	
I. Einleitung	1
II. Die Verarbeitung personenbezogener Daten als zentrales Anknüpfungsmerkmal des Datenschutzrechts	4
III. Datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit	12
IV. Rechtfertigung der Verarbeitung personenbezogener Daten	32
V. Informationspflichten und Betroffenenrechte	44

Inhaltsübersicht

Textteil

Stichwortverzeichnis